

Sitzung des Gemeinderats am 20.03.2018

In der letzten Sitzung brachte der Gemeinderat zwei Bebauungspläne mit dem Satzungsbeschluss zum Abschluss. Für die Kläranlage Totenbachtal wurde mit dem Grundsatzbeschluss, wie künftig der Klärschlamm behandelt wird, Planungssicherheit für die weiteren Sanierungsschritte geschaffen. Neben drei Kostenfeststellungen befasste sich der Gemeinderat mit dem Jahresbericht der Ortsbücherei und mit dem Zusammenschluss der kommunalen Rechenzentren in Baden-Württemberg.

Zunächst gab Bürgermeister Wolfgang Lahl zwei nichtöffentliche Beschlüsse des Gemeinderats bekannt. Das Ordnungsamt der Gemeinde wird ab dem 1. April von Herrn Jochen Pfingsttag geleitet. Bei der Vermögensbewertung der Gemeinde und der Aufstellung der Eröffnungsbilanz zur Einführung des Neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens wird die Gemeinde mit der Fa. ReweCon GmbH – Steuerberatungsgesellschaft zusammenarbeiten.

Jahresbericht der Bücherei

Tina Braun, die Leiterin der Ortsbücherei, informierte den Gemeinderat über den Verlauf des Jahres 2017 für die Ortsbücherei.

Eine wesentliche Veränderung war die Einführung von WLAN in der Ortsbücherei. Dadurch sind nun interaktive Klassenführungen möglich. Nutzern der Online-Bibliothek kann in der Bücherei an den eigenen E-Book-Readern geholfen werden.

Die Zahl der Veranstaltungen ging 2017 etwas zurück, weil die Veranstaltungsreihe „English für Kids“ mangels Interesse eingestellt wurde. Neu war das sog. Bücherbrunch, welches jährlich 2 Mal stattfinden soll.

Im Zahlenteil des Berichts informierte Frau Braun über den Medienbestand (knapp 15.000 Medien), die Neuanmeldungen (147 neue Leser/-innen), Ausleihzahlen (mit 62.045 Ausleihen knapp 1.000 Ausleihen mehr als 2016) und die Gebühreneinnahmen (6.087 €) im letzten Jahr.

Als Neuerung ist 2018 die Wahl des „Hörbuchs des Jahres“ geplant.

Frau Braun schloss ihren Bericht mit einem Rückblick auf die bereits stattgefundenen Veranstaltungen im laufenden Jubiläumsjahr der Bücherei und einer Vorausschau auf die noch kommenden Höhepunkte.

Bürgermeister Wolfgang Lahl dankte der Büchereileiterin und ihrem Team für die tolle Arbeit im vergangenen Jahr und lobte die Erfolge, die sich aus der kontinuierlichen Netzwerkarbeit des Büchereiteams ergaben.

Bebauungspläne Troppel II, 1. Änderung und Weil Nord I, 1. Änderung

Bürgermeister Lahl begrüßte zu diesen beiden Tagesordnungspunkten Herrn Jerome Amiguet vom Architekten- und Stadtplanungsbüro Baldauf.

Herr Amiguet gab zu beiden Verfahren einen Überblick zur Zielsetzung der Bebauungsplanänderung und zum Verfahrensstand. Beide Änderungen behandeln die Umwidmung von Gemeinbedarfsflächen zu Wohnbauflächen.

Bei dem Bebauungsplan Troppel II ging es darum, die freie Fläche neben dem Kindergarten mit Wohnbebauung nutzen zu können. In Weil Nord ist das Ziel, auf der vom Spielplatz am Amselweg abgetrennten Teilfläche ein Wohnhaus bauen zu können.

Neben den Trägern öffentlicher Belange konnten auch andere Betroffene Anregungen und Stellungnahmen geben.

Der Umgang mit den eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen wurde in beiden Bebauungsplanverfahren in Abwägungstabellen dargestellt, die Herr Amiguet im Detail vorstellte. Die Anregungen der Träger öffentlicher Belange wurden weitgehend berücksichtigt. Anregungen aus der Öffentlichkeit gingen nur zum Bebauungsplan Troppel II ein. Sie kritisierten hauptsächlich die geplante zulässige Gebäudehöhe, die Lage des Baufensters und den Wegfall öffentlicher Stellplätze. Diese Anregungen wurden nicht aufgenommen, weil sich die geplante bauliche Nutzung an der Umgebungsbebauung orientiert. Öffentliche Stellplätze fallen nicht weg, weil die angeführten Stellplätze private Stellplätze sind.

Einstimmig beschloss der Gemeinderat die beiden Bebauungsplanänderungen als Satzung.

Bürgermeister Wolfgang Lahl dankte dem Büro Baldauf für die schnelle Umsetzung innerhalb weniger Monate. Das Zusammenspiel aller Beteiligten habe reibungslos funktioniert.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl ging darauf ein, dass im Bebauungsplan Weil-Nord I kein Hinweis auf den benachbarten Kinderspielplatz enthalten ist. Die Verwaltung wird diesen Hinweis in das Verkaufsexposé und im späteren Kaufvertrag aufnehmen.

Behandlung des Klärschlammes in der Kläranlage Totenbachtal

Bürgermeister Wolfgang Lahl betonte, dass die Entscheidung über die Klärschlammbehandlung maßgebend ist für die weitere Planung der Kläranlagensanierung. Die Kläranlage in Schönaich ist ebenfalls betroffen bei der Entscheidung, ob dort ein zweites Blockheizkraftwerk (BHKW) gebaut wird, um die aus Weil im Schönbuch und Dettenhausen angelieferten Klärschlämme zur Energiegewinnung zu verwenden.

Ortsbaumeister Tobias Ehmman berichtete, dass es letztlich darum geht, ob der Klärschlamm wie bisher auf einen Feststoffgehalt von 25 % reduziert wird oder ob der Klärschlamm nur noch auf 5 % Feststoffgehalt reduziert wird, damit er pumpbar

bleibt. Das wäre notwendig, um den Klärschlamm in Schönaich in einen Ausfaulturm pumpen zu können, in dem die für den Betrieb eines BHKW notwendigen Gase gewonnen werden.

Schönaich hatte den bisherigen Vertrag zur Anlieferung des Klärschlammes mit 25% Feststoffgehalt gekündigt. Die beiden Verwaltungen haben sich darauf so verständigt, die Anlieferung des Klärschlammes nach Schönaich beizubehalten, bis eine Entscheidung zum künftigen Umgang mit dem Klärschlamm vorliegt.

Auf der Basis der von Schönaich berechneten Kosten für die Entsorgung des Klärschlammes mit 5 % Feststoffgehalt wurden die wirtschaftlichen Auswirkungen für Weil im Schönbuch geprüft. Schönaich würde für die Entsorgung des Klärschlammes mit 5% Feststoffgehalt deutlich mehr berechnen als bisher. Dagegen stehen in Weil im Schönbuch Einsparungen im laufenden Betrieb und bei den Investitionen. Zum Beispiel wäre dann der absehbare Austausch der Kammerfilterpresse in der Weilemer Kläranlage nicht mehr notwendig.

Das Ergebnis war, dass die Kosten für Weil im Schönbuch dennoch deutlich höher wären als bei der bisherigen Reduzierung auf 25% Feststoffgehalt.

Ein weiteres Argument für die stärkere Reduzierung auf 25% Feststoffgehalt ist die kommende Verpflichtung zur Phosphorrückgewinnung aus dem Klärschlamm. Da diese Verfahren nur in großen Kläranlagen wirtschaftlich sind werden Transporte notwendig. Dazu sollten die zu transportierenden Klärschlämme möglichst wenig Wasser enthalten.

Gemeinderätin Dr. Staber fragte nach der Schönaicher Haltung zur Beibehaltung der Feststoffreduzierung auf 25%. Bürgermeister Wolfgang Lahl ging davon aus, dass eine Einigung möglich sein wird, zumal die Verfahrensweisen, unter denen sich Weil im Schönbuch beteiligte, gleich bleiben würden. Hinzu kommt, dass Weil im Schönbuch ja Mitglied des Zweckverbands ist, der die Kläranlage betreibt.

Gemeinderat Hiller sprach die vor einigen Jahren vorgenommenen Veränderungen in der Finanzstruktur des Zweckverbands an. Der Bürgermeister erläuterte, dass es zum Einen um Landeszuschüsse für den Bau der Trocknungsgebäude ging, die Weil im Schönbuch erhalten hat und als innere Darlehen an den Zweckverband gab. Außerdem mussten vor einigen Jahren die Beteiligungswerte nachträglich angepasst werden.

Eine weitere Frage von Gemeinderat Hiller war, ob der Feststoffgehalt nicht über 25% erhöht werden könne. Das verneinte der Ortsbaumeister. Weder mit Kammerfilterpressen noch mit Zentrifugen oder Schneckenpressen könnten mit vertretbarem Aufwand wesentlich höhere Feststoffgehalte erreicht werden.

Gemeinderätin Dr. Staber sprach an, dass inzwischen auch Waldenbuch Klärschlamm in der Schönaicher Kläranlage entsorgt und fragte, ob das zu Kapazitätsengpässen führt. Dazu berichtete der Bürgermeister, dass keine Kapazitätsengpässe zu befürchten sind. Bei dem Bau der Schönaicher Kläranlage wurde noch nicht berücksichtigt, dass Klärschlamm zur Energiegewinnung ausgefault wird. Dadurch sinkt die Restmenge des zu behandelnden Klärschlammes.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat dem vorgeschlagenen Vorgehen zu. Der Klärschlamm wird daher weiterhin in unserer Kläranlage auf 25% Feststoffgehalt reduziert und dann zur solaren Trocknung nach Schönaich gebracht.

Neue Kopiergeräte für die Gemeindeverwaltung

Die stellvertretende Leiterin der Kämmerei, Alexandra Graf, informierte den Gemeinderat über den Vorschlag zum Austausch der Kopiergeräte. Nach inzwischen 10jähriger Nutzung sind die Geräte schon lange am Ende ihrer Einsatzdauer und dementsprechend störungsanfällig. Insgesamt sollen 7 Kopiergeräte ausgetauscht werden. Nach Einholung von 6 Angeboten war das Angebot der Fa. Konica-Minolta am wirtschaftlichsten. Dabei wurden sowohl die Modelle Kauf + Wartung als auch Leasing + Wartung geprüft. Kauf + Wartung war dabei günstiger, zumal die Gemeindeverwaltung bisher immer die Kopiergeräte länger genutzt hat, als die Leasingzeit betragen hätte.

Einstimmig beschloss der Gemeinderat, die 7 neuen Kopiergeräte zum Preis von 27.239,10 Euro bei Konica-Minolta zu kaufen.

Zustimmung zur Fusion der kommunalen Rechenzentren

Bürgermeister Wolfgang Lahl berichtete, dass die Fusion der kommunalen Rechenzentren in Baden-Württemberg bereits seit 3 Jahren vorbereitet wird. So gut wie alle Gemeinden und Landkreise in Baden-Württemberg sind Zweckverbandsmitglied bei einem der Rechenzentren. Mit der Fusion sollen Synergieeffekte erzielt werden und mittelfristig sollen die verwendeten Verfahren in ganz Baden-Württemberg vereinheitlicht werden.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat der Fusion der kommunalen Rechenzentren zu.

Kostenfeststellung für den Austausch der Straßenbeleuchtung

Ortsbaumeister Ehmann informierte das Gremium über das Ergebnis der 2017 umgesetzten Austauschmaßnahmen.

Er berichtete, dass mehr Straßenbeleuchtungen ausgetauscht wurden, als der Gemeinderat Ende 2016 beschlossen hatte. Grund war, dass die Ausschreibung des Austauschs so günstige Preise ergeben hatte, dass die maximale Förderung von 106.000 Euro bei der vom Gemeinderat beschlossenen Anzahl der Austauschmaßnahmen nicht hätte ausgeschöpft werden können. Um die Förderung von 90% nicht verfallen zu lassen hat die Verwaltung deswegen mehr Straßenbeleuchtungen ausgetauscht.

Dennoch waren die Kosten mit 184.793,12 Euro höher als bei der Entscheidung des Gemeinderats angenommen wurde. Der Grund dafür war die zusätzliche Straßenbeleuchtung zum Rettungszentrum bzw. Friedhof Hägnach, die vom Gemeinderat beschlossen und ebenfalls in diesem Zuge umgesetzt wurde.

Einstimmig nahm der Gemeinderat die Kostenfeststellung zur Kenntnis.

Kostenfeststellung für den Spielplatz Weil-Nord

Ortsbaumeister Ehmann berichtete, dass die Abrechnung des Spielplatzbaus mit 80.062,20 Euro um beinahe 5.000 Euro unter der Kostenschätzung liegt. Der ohne Planer zusammen mit der Fa. Janko geplante Spielplatz werde sehr gut angenommen.

Gemeinderat Ehrmann sprach den auf dem Nachbargrundstück noch vorhandenen Erdhügel an, da dieses Grundstück ja für Wohnzwecke veräußert werden soll. Die Gemeindeverwaltung hat vor, diesen Erdhügel unverändert zu lassen und das Grundstück in diesem Zustand zu verkaufen, da der künftige Bauherr unter Umständen dafür Verwendung bei der Anlage seiner Außenanlage hat.

Der Ortsbaumeister informierte den Gemeinderat, dass aus 2017 noch Mittel für die Spielplatzunterhaltung vorhanden sind. Da der Spielplatz Troppel (Laubenweg) schon mehrmals zurückstehen musste und da dort bei der jüngsten Überprüfung der Spielgeräte große Mängel festgestellt wurden sollen die noch verfügbaren Mittel dort eingesetzt werden. Um den Entwurf des Arbeitskreises Spielplatzplanung umzusetzen werden ca. 30.000 Euro benötigt.

Einstimmig nahm der Gemeinderat die Kostenfeststellung für den Spielplatz Weil-Nord zur Kenntnis.

Kostenfeststellungen für die Abbrüche des Feuerwehrmagazins am See und des Gebäudes Dettenhäuser Straße 1

Ortsbaumeister Ehmann berichtete, dass Abbruch des Feuerwehrmagazins mit 59.270,74 Euro um knapp 13.000 Euro über der Vergabesumme lag. Ursache dafür waren Überraschungen im Untergrund wie eine bislang unbekannte zweite Bodenplatte unter der eigentlichen Bodenplatte und die Entsorgung eines Öltanks. Damit der Platz als Festplatz genutzt werden kann wurde er eingeschottert. Für die weitere Nutzung als Festplatz sollen die Anschlüsse für Wasser, ein Abwasseranschluss und die Stromversorgung wieder hergestellt werden.

Der Abbruch des Gebäudes Dettenhäuser Straße 1 war mit 38.735,20 Euro um knapp 1.000 Euro teurer als bei der Vergabe. Die Mehrkosten wurden ausschließlich durch Zusatzkosten außerhalb des eigentlichen Abbruchs wie eine Artenschutzuntersuchung und eine Gutachterbegehung auf Kontaminationen verursacht.

Gemeinderat Hiller wies darauf hin, dass momentan Räumfahrzeuge auf dem Festplatz umdrehen und dadurch Schotter auf die Straßen hinaustragen. Die Verwaltung wird dem nachgehen.

Gemeinderätin Grube-Meißner fragte, ob es beim Festplatz für die Förderung aus Sanierungsmitteln ein zeitliches Limit gibt. Das verneinte der Bürgermeister, da das Land hier den Gemeinden einen Vertrauensvorschuss gewährt..

Bekanntgaben der Verwaltung

Bürgermeister Wolfgang Lahl gab bekannt, dass die Markungsputzete verschoben wird, weil am 24.03.2018 im Außenbereich und an den Straßenrändern vermutlich noch Schnee liegen wird. Neuer Termin ist der 07.04.2018..

Eine nichtöffentliche Sitzung schloss sich an.